

früher gestellten Eid. Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein. Die zur Beratung stehenden Petitionen um Erbauung einer doppelgleisigen Normalspurbahn von Dohma, Neustadt bis Moldau oder Rehefeld—Pöbelstal—Moldau, sowie um Errichtung eines Haltepunktes für Personenverkehr in Oberpreyhendorf beschloß das Haus, in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer ohne Debatte auf sich beruhen zu lassen. Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr: Etatskapitel und Petitionen.

— 42. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Donnerstag den 12. Februar 1914 nachmittags 2 Uhr. Am Regierungstische: Staatsminister Graf Bismarck von Eckardt und Kommissare. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung. Zunächst werden eine Reihe von Rechnungskapiteln nach dem Berichte des Abg. Runge (nall.) bewilligt. Landarmen- und Fürsorgeerziehungswesen werden nach dem Regierungsvorschlag etabliert, nachdem die Abgg. Trüber (konf.) und Kleinpempel (nall.) sich für eine Herabminderung der Entschädigungssätze verwendet haben. Letzterer bittet auch um eine weniger rigorose Handhabung des Ausweisungsparagrafen bezüglich ausländischer Armer. Ueber das Etatskapitel der Landespferdezucht berichtet Abg. Dabrig (konf.). Nach kurzer Aussprache wird es genehmigt. Ferner werden bewilligt die Etatskapitel betr. Landwirtschaftliche Verhältnisse in Mähren (Berichterstatter Abg. Dr. Steche, nall.), allgemeine Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern (Abg. Müller, loz.) und Reichstagswahlen (Abg. Koch, fortschr. Vp.). Sodann behandelt die Kammer die Anträge auf Reform bezw. Befestigung der Ersten Kammer. Abg. Nischke-Deusch (nall.) erhebt erneut die Forderung auf eine zeitgemäße Reform der Ersten Kammer. Die Gerechtigkeit fordert, daß alle Stände ihrer Bedeutung gemäß Vertretung finden. Nicht irgendwelche Kritik an den Mitgliedern der Ersten Kammer legt uns den Antrag nahe, sondern die Forderung der Gerechtigkeit. Der glänzende Aufstieg unserer Industrie und anderer Stände beweist die Bedeutung dieser Stände. Die dort sich regende Intelligenz sollte dem allgemeinen Wohle nutzbar gemacht werden. Die eigene Erfahrung der Parlamentarier ist das Allerwichtigste, und die erwirbt man nicht durch Geburtsvorrechte. Die Erfahrung der meisten Mitglieder der Ersten Kammer ist einseitig. In der Ersten Kammer haben wir in Wirklichkeit ein Berufsparlament. Bei aller Anerkennung der Bedeutung des Großgrundbesitzes muß gesagt werden, daß es nicht berechtigt ist, wenn 27 Rittergutsbesitzer entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen können. Schon der Umstand, daß diese Möglichkeit besteht, ist bedenklich. Wir glauben, daß auch die Regierung diesen Zustand für unnatürlich hält: Ihr früherer Vorschlag zur Reform der Ersten Kammer weist das nach. Die große Bedeutung des gesellschaftlichen Grundbesitzes für den Staat ist nicht zu verkennen; aber wenn der Staat auf ihn allein sich stützen möchte, dann wäre es schlecht bestellt um den Staat. Man hat es der Regierung und der konservativen Fraktion von gewisser Seite sehr übel genommen, daß sie früher ein kleines Zugeständnis in dieser Frage machen wollte. Diese Kreise erblicken in der Ersten Kammer ein konservatives Machtmittel. Das sind jene Kreise, die in einer Industrialisierung der Kammer „kein Glück“ sehen. Wenn die Industrie nicht gewesen wäre, hätten wir unsere sächsischen Landeslinder im Lande gar nicht ernähren können. Die Staatsregierung ist uns für die Weiterentwicklung verantwortlich. Sie müsse die vorhandenen Widerstände überwinden, durch Passivität würde sie nur den Radikalismus fügen. Dem Liberalismus hat es nicht am Willen gefehlt, der Regierung den Weg zu einer volkstümlichen Politik zu zeigen. Es muß bestreben, zu sehen, wie wenig von der Regierung dieses Bestreben Anerkennung gefunden hat. Für eine Aufhebung der Ersten Kammer, wie sie die Sozialdemokraten fordern, sind wir nicht zu haben. Die Herren, die in die Erste Kammer kommen, sollen auch das Vertrauen ihrer Berufsgenossen besitzen und darum fordern wir, daß sie von diesen gewählt werden. Es ist auf die Dauer unmöglich, gegen den Teil des Volkes zu regieren, der die Werte schafft. Die Entwicklung der Dinge wird die Widerstände überwinden. (Lebhafte Beifall.) Abg. Günther (fortsch. Vp.): Unser Antrag ist identisch mit dem früheren. Wir wollen niemand aus der Ersten Kammer verdrängen, aber Reichstiel z. B. für die der Schönburgischen Herrschaften auf sich und Stimme in der Ersten Kammer sind nicht vorhanden. Redner unternimmt einen Excurs in die Geschichte der sächsischen Verfassung, verweist dabei besonders bei den Jahren 1848 und 1849 und faßt das Ergebnis zusammen: Wir sind in dieser Frage gegen früher ganz bedeutend zurückgekommen. Redner hält eine Befestigung der Ersten Kammer für das Richtige. Früher waren auch die Konservativen von der Notwendigkeit der Reform der Ersten Kammer überzeugt, aber sie, wie auch die Regierung hat in dieser Frage den Rückzug angetreten. Wir wollen alles tun, um zu ermöglichen, daß in der Deputation ein praktisches Resultat erzielt wird. Abg. Müller (loz.) begründet den Antrag seiner Partei auf Aufhebung der Ersten Kammer. Die Erste Kammer sei der Hemmschuh der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Selbst im Klassenstaat hat das ständische Prinzip keine Berechtigung mehr. Aus den Anträgen der Liberalen wird nichts werden. Die Erste Kammer müsse verschwinden! Abg. Opitz (konf.) polemisiert gegen Abg. Günther. Hätten bei Schaffung der Ersten Kammer die wirtschaftlichen Verhältnisse bestanden wie heute, wäre sie auch anders zusammengesetzt worden. Wir stehen auch heute auf dem Standpunkte, daß die Zusammensetzung

der Ersten Kammer den heutigen Verhältnissen nicht entspricht. Redner warnt vor einer Ueberschätzung der Bedeutung der Reform. Vor allem sei bedenklich, ihr eine berufständische Zusammensetzung zu geben. Die Erste Kammer habe auch in der gegenwärtigen Zusammensetzung die Interessen aller Berufsstände zu vertreten. Die hohe Bedeutung der Ersten Kammer zeige sich zu Konfliktzeiten. Wir sind bereit, an dem Reformwerk mitzuarbeiten. Aber die Aussicht auf Erfolg ist gering. Staatsminister Graf Bismarck v. Eckardt: Der Regierungsentwurf von 1905 schaltete daran, daß die Zweite Kammer ihn nur als eine Art Abschlagszahlung betrachtete, während die Erste Kammer ihn als auf lange Zeit hinreichend anlah. Das kennzeichnet die Schwierigkeiten, die der Lösung dieser Frage entgegenstehen. Die späteren Anträge aus dem Hause gingen weit über diesen Regierungsentwurf hinaus. Deshalb mußte die Regierung ihnen zurückhaltend gegenüberstehen. Den Wunsch der Industrie auf eine Vertretung in der Ersten Kammer erkenne ich an: Die ganze Frage wird vielfach utopisch behandelt. Selbst wenn in dieser Session ein Antrag angenommen wird, so wird seine Durchführung in einem neuen Landtage noch schwieriger werden. Der Antrag Castan habe lediglich die Bedeutung einer unfreundlichen Demonstration. Die Regierung legt auf das Fortbestehen der Ersten Kammer besonderen Wert. Die Verwirklichung des ebenfalls radikalen Antrages der Fortschrittler ist ebenfalls ausgeschlossen. Der nationalliberale Antrag deckt sich etwa mit dem Wunsche des Verbandes Sächsischer Industrieller. Ich bestreite nicht, daß unsere Industrie unserer Landwirtschaft zum mindesten ebenbürtig ist. Aber der Großgrundbesitz ist nicht als Vertreter der Landwirtschaft in der Ersten Kammer, sondern als Vertreter des gesellschaftlichen Besitzes überhaupt. Als Realpolitiker aber müssen wir versuchen, das Vorhandene auszubauen. Ich sehe meine Aufgabe darin, das Vertrauen des Landes zur Ersten Kammer zu stützen. Unannehmbar ist der Gedanke, daß die Mitglieder der Ersten Kammer nur auf Zeit gewählt werden sollen. Die Scheidung des Grundbesitzes in großen und kleinen, in städtischen und ländlichen ist bedenklich. Ich würde mich nicht scheuen, die Initiative in dieser Frage zu ergreifen, wenn ich belennen dürfte, daß sie eine dringende Staatsnotwendigkeit bedeute. Eine so wichtige Vorlage darf die Regierung nicht aufs Spiel setzen, indem sie sie dicht vor den Neuwahlen zur Verhandlung stellt. Ich bin überzeugt, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für keinen Vorschlag findet. Die Regierung wird sich von ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu dieser Reform nicht abbringen lassen, wenn sie sich auch Zurückhaltung auferlegen müsse. Abg. Helmer (nall.). Eine Verständigung mit den Sozialdemokraten in dieser Frage ist ausgeschlossen. Ich hoffe, daß die Fortschrittler sich in der Deputation mit uns zusammensuchen werden, damit ein praktisches Resultat erzielt werden kann. Die Erste Kammer muß organisch weiter entwickelt werden. In Bayern, einem weniger industriellen Staate als Sachsen, tritt man an die Reformfrage heran. Sie ist für Sachsen eine direkte Staatsnotwendigkeit. Die Regierung muß die Initiative ergreifen. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Sandermann (loz.), Günther (fortsch.), Dr. Spieß (konf.), Fleißner (loz.) und Nischke (nall.) gehen die Anträge an die Gesetzgebungsdeputation.

— 12. Februar. Von einem Felsen im Plauenischen Grunde in der Nähe des Hohen Steines stürzte sich am Donnerstag nachmittags gegen 1/2 1 Uhr ein 30 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehöriger Mann 50 Meter tief in die Felschlucht hinab. Der Unglückliche schlug mehrere Male auf und blieb am Fuße des Felsens liegen. Die Person des Unglücklichen, der feinerlei Ausweisepapiere bei sich hatte, konnte noch nicht ermittelt werden. Da er Marken des Konsumvereins einer Glasfabrik in Dresden-Lößlau bei sich führte, nimmt man an, daß es sich um einen Glasmacher handele.

— Der Kirchenvorstand der Annenkirche wählte in seiner letzten Sitzung Herrn Pastor Ernst Constantin Großmann (früher in Dippoldiswalde, jetzt zu St. Johannis in Plauen i. V.) zum dritten Diakonus.

— In nächster Zeit kommen aus den Ergebnissen des im Vorjahre vom Militärvereinsbund veranstalteten Kornblumentages weitere 130 000 Mark zur Verteilung, sodas dann rund 700 000 Mark den hilfsbedürftigen Veteranen Sachsens zugute gekommen sind.

Freiberg. Wegen der im Laufe dieses Jahres in der Stadt Freiberg in Aussicht stehenden größeren Veranstaltungen (Aufführung des bergmännischen Festspiels mit Bergparade „Der Bergmannsgruß“ von Anader, Elbgangfängerfest, Erzgebirgisches Heimatsfest und Regimentslag der 133er) wird vom Stadtrat der Wettbewerb für ein Kellameplatz ausgeschrieben.

Radeberg. Im benachbarten Radeberg treten die Majern in bedenklichem Maße auf. Nachdem die Tochter des ersten Lehrers, der im Schulhause wohnt, ebenfalls an den Majern erkrankte, wurde auf bezirksärztliche Anordnung hin die Schule bis auf weiteres geschlossen.

Döretz. 11. Februar. Der Fabrikarbeiter und frühere Ruhmeller Zinke, der in Sörmitz wohnhaft und verheiratet ist, war von der hiesigen Gendarmerie als Einbrecher ermittelt worden und wurde gestern vormittag an seiner Arbeitsstelle verhaftet. Er wurde zunächst nach seiner Wohnung nach Sörmitz gebracht, wo die gestohlenen Gegenstände zur Lage gefördert wurden. Auf dem Wege zum Amtsgericht bei der Verhaftung die Gendarmen, ihn nochmals nach seiner Arbeitsstätte zu begleiten. Dort benutzte er einen günstigen Augenblick zur Flucht durch die

Hintertür der Fabrik. Die Gendarmen verfolgten ihn mittels Automobils und erwischten ihn am Nachmittag in Reichenbach bei Waldheim. Hier suchte er sich auf dem Boden eines Hauses zu verstecken, wurde aber aufgefunden und festgenommen. Der Verhaftete ist bereits wegen Raubmordversuchs mit Zuchthaus bestraft.

Wittweida. Beim Wiederaufbau der abgebrannten Marktseite soll ein möglichst einheitliches Bild geschaffen werden. Dazu ist von der Stadtverwaltung die Veranstaltung eines engeren Wettbewerbs zur Erlangung entsprechender Fassadenentwürfe beschlossen worden. Die künstlerische Bewertung der Entwürfe erfolgt vom Landesverband „Heimatschutz“. Zwecks Verbreiterung der beim Brande arg gefährdeten Waldheimer Straße beschloßen die städtischen Kollegien den teilweisen Ankauf des Ahligschen Eckgrundstückes zum Preise von 23 400 Mark.

Aue. Als sich der etwa 60 Jahre alte Pader Ernst Richter auf dem Wege nach den Schrebergärten des Naturheilvereins I befand, wurde er in der Nähe des sog. Schindangerberges von einem mit zwei Rindern besetzten Rodelschlitten angefahren; er stürzte so unglücklich, daß er benennungslos liegen blieb. Der Arzt stellte einen schweren Schädelbruch fest, der den Tod des Verunglückten herbeiführte.

Neustädtel. Einer Fälschung von Steuerzetteln machte sich hier eine Mauererhefrau schuldig, indem sie Geldbeträge, die von ihrem Ehemann zur Bezahlung der städtischen Abgaben übergeben worden waren, in der Wirtschaft mit verwendete, auf den Steuerzettel aber die Quittung des Steuerbeamten und dessen Unterschriften selbst schrieb. Als der Mann jetzt wegen der rückständigen Beiträge gepfändet werden sollte, kamen die Fälschungen an den Tag. Die unbefonnene Frau hat nun eine gerichtliche Strafe zu gewärtigen.

Plauen i. V., 12. Februar. In der vergangenen Nacht um 1/2 1 Uhr brach in Lanna ein verheerendes Großfeuer aus. Es entstand in der unweit des Schützenhauses gelegenen Eiermühle und breitete sich in kurzer Zeit auf vier benachbarte Anwesen aus, die vollständig in Asche gelegt wurden. Auch die Hintergebäude zweier weiterer Grundstücke brannten nieder. Der Bewohnererschaft bemächtigte sich eine große Erregung. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht festgestellt.

Plauen i. V. Von der Polizeiverwaltung sind auf Anregung des Tierchutzvereins Pferdehufe aus afrikanischem Bastgellecht eingeführt worden, die zum Wiederaufrichten geschärfter Pferde gute Dienste leisten sollen.

Graslig-Eibenberg. Der Arbeiter Rudolf Bauernfeld wollte Sonntag vormittag im nahen Brunnen Wasser schöpfen, glitt aber auf dem Eise so unglücklich aus, daß er mit dem Rücken auf den bereiten Brunnenrand zu fallen kam und einen Bruch des Kreuzgates erlitt. Der Tod trat sofort ein.

Weiße. Einen seltenen Fang hat der Gutsbesitzer Gürtler von hier gemacht, der am Montag mit einem Fuchseisen einen Steinadler, ein statisches Tier mit mehr als zwei Meter Flügelspannweite, gefangen hat. Herr Gürtler beabsichtigt, wie verlautet, den Steinadler einem zoologischen Garten zum Geschenk zu machen.

Hütten. Beim Herausziehen eines Lastwagens aus dem Toreingang der Hoeschischen Papierfabrik wurde der verheiratete Arbeiter Störch am Montag vormittag von der Deichel mit dem Kopfe so unglücklich an die Wand gedrückt, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt. Am Dienstag ist St. seinen Verletzungen erlegen.

Tagesgeschichte.

— Die Plenarsitzungen des Reichstages sollen zur Fertigstellung des Etats bis sieben Uhr und nötigenfalls noch länger ausgedehnt werden.

— Bei der Prinzessin Wilhelm von Baden ist ein neuer schwerer Schwächezustand eingetreten, der zu den ernstlichsten Besorgnissen Anlaß gibt.

— Dem Prinzen Wilhelm zu Wied ist der Abschied aus dem aktiven Heere bewilligt worden. Gleichzeitig ist der Prinz als Major à la suite des dritten Garde-Infanterie-Regiments gestellt worden.

Oesterreich. In einer am Sonntag in Prag abgehaltenen Versammlung der Buchdruckereibesitzer Böhmens ist beschlossen worden, den Wiener Vereinbarungen zuzustimmen, so daß am Montag, 16. Februar, in den meisten Betrieben die Arbeit in erweitertem Umfange aufgenommen wird. Die Gehilfen haben auf dem Wege der Vereinbarung nur einen Teil ihrer ursprünglichen Forderungen durchsetzen können.

Stockholm. 11. Februar. Als der frühere Ministerpräsident Staaf heute nachmittag das Reichstagsgebäude verließ, begleiteten ihn mehrere hundert Personen nach seiner Wohnung, wo sie Hochrufe auf ihn ausbrachten. Danach zog die Menge nach der Wohnung des Sozialistenführers Brenting und dann unter den Rufen: „Es lebe die Republik!“ durch die Straßen. Die Menge wurde von der Polizei zerstreut. Am Abend versammelte sich eine große Volksmenge vor dem Schlosse, um dem Königspaar eine Subdigung darzubringen. Der König und die Königin, umgeben von den übrigen Mitgliedern der Königsfamilie, traten auf den Balkon und wurden von der Menge mit lebhaften Hochrufen begrüßt.

Athen. Wie das Blatt Hestia meldet, sind die Verhandlungen Griechenlands mit der argentinischen Regierung wegen Ankaufs des Ueberreadnoughs Riowadavi nurmehr abgeschlossen. Das Schiff besitzt eine Wasserdrängung von 22 000 Tonnen, es hat zwölf 30,5-Zentimeter-Geschütze und eine entsprechende Anzahl kleinerer Geschütze an Bord und besitzt eine Geschwindigkeit von 22,5 Seemeilen in der Stunde.